Mitteilungen

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **7 (1950)**

Heft 4

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Mitteilungen

Der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung

führte vom 6. bis 8. Mai in *Berlin* eine *gesamtdeutsche Städtebautagung* durch. Diese siebente Arbeitstagung des deutschen Fachverbandes vereinigte rund 700 Teilnehmer aus Westdeutschland, der Stadt Berlin und den benachbarten Teilen der Ostzone sowie aus Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden, Oesterreich und der Schweiz. Als Sitz der Veranstaltung war Berlin gewählt worden, um den Fachkreisen aus Berlin und dem sowjetisch besetzten Gebiet Deutschlands die Möglichkeit eines freien Gedankenaustausches mit ihren Kollegen aus Westdeutschland und dem Ausland zu bieten. Welche Bedeutung ihr bei den führenden Stellen beigemessen wurde, bezeugt die Initiative der Stadt Berlin einerseits und die lebhafte Anteilnahme der Behörden des Bundes und der Länder andererseits.

In seinen Begrüssungsworten hob der Berliner *Oberbürgermeister Dr. Reuter* hervor, diese Tagung bedeute für die Berliner eine ebenso wichtige geistige Hilfe, wie die bisherige materielle Unterstützung. An einen Wiederaufbau dürfe Berlin heute noch nicht denken, da es alle Mittel für die Erhaltung der Substanz verwenden müsse.

Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm forderte für Berlin vor allem Reiseerleichterungen und eine wirtschaftliche Befruchtung durch Aufträge aus den Bundesländern.

Der *Bundesminister für Wohnungsbau, Wildermuth,* gab einen Einblick in die dringendsten Bauaufgaben Deutschlands. Der Bedarf an Wohnungen beträgt heute fünf bis sechs Millionen. Seit 1945 wurden rund 500 000 erstellt, für 1950 sind weitere 300 000 vorgesehen. Dem vom Bundestag in Kraft erklärten Wohnungsbaugesetz müsse nun die Regelung der Baulandbeschaffung und der Frage der Enteignung folgen. Es sei städtebaulich, finanziell und psychologisch nicht zu verantworten, die Ruinenfelder mit Efeu und Rosen zu überspinnen und für den Wiederaufbau wertvolles Kulturland vor den Städten in Anspruch zu nehmen. Deshalb müssten die zerstörten Stadtteile wieder neu erstehen.

Die *Verhandlungen* wurden in Vertretung des erkrankten Verbandsvorsitzenden, Staatsminister a. D. Binder, durch Ministerialrat *Dr. Weisser, Düsseldorf-Köln,* geleitet.

In seinem Eingangsreferat *«Der Wohnraum im Wandel der Bevölkerungsstruktur»* behandelte Dr. Kampffmeyer, *Frankfurt a. Main,* die tiefgreifenden Strukturwandlungen der deutschen Bevölkerung. Er analysierte den Fehlbedarf an Wohnungen nach Qualität, Art und Grösse. Dabei kam er zu folgenden Ergebnissen: Das Hauptgewicht müsse auf den Bau von Drei- und Vierraumwohnungen, womöglich im Flachbau oder wenigstens mit einem «grünen Zimmer», gelegt werden. Daneben seien aber auch Kleinst- und Sechsbett-Wohnungen zu fördern. In jeder neuen Siedlung sollten alle Wohnungsgrössen und -arten möglichst weitgehend gemischt werden.

Professor *Jobst, Berlin,* sprach über *«Verschiedenheit der Werte von nutzbaren Wohnflächen»*. Der wahre Wert eines Hauses werde nicht nur durch die Baukosten bestimmt, sondern in ebenso hohem Masse durch den Gebrauchswert. Dabei sei erwiesen, dass der Flachbau dem Etagenbau nicht nachstehe, ja darüber hinaus für Familien mit Kindern die begehrteste Wohnform darstelle. In der Gleichgültigkeit dem Wohnwert gegenüber liege die Gefahr, dass billig und auch schlecht gebaut werde.

Die *«Wohnungs- und Städtebauprobleme in Wien»* behandelte Professor *Schuster, Wien,* der im Kleinwohnungsbau seit Jahren eine massgebende Rolle spielt. Neben der Wiederherstellung der Arbeitsstätten sei die wichtigste Aufgabe die Behebung der Wohnungsnot. Nach dem letzten Kriege fehlten in Wien annähernd 90 000 Wohnungen. 1947 bis 1949 wurden dann rund 6000 neu erstellt, 1950 weitere 3000 in Angriff genommen. Es sind vier verschiedene Grundrisstypen zugelassen mit rund 45 % Zweiraum- und rund 40 % Dreiraum-Wohnungen zu 48, bzw. 56 m² Grundfläche. Neben diesem Hauptwohnbauprogramm wurde auch ein sogenanntes Schnellbauprogramm für 1000 Einfachwohnungen beschlossen, um die wirtschaftlich wie städtebaulich unzulänglichen behelfsmässigen Wohnbaracken zu vermeiden. Je zwei solcher lassen sich später zu einer Normalwohnung vereinigen. Auf dem Gebiet der Planung werde die Auflockerung und Entmischung der Wohnbezirke von Industrien angestrebt. Der Redner zeigte auch einen von ihm aus Mitteln der Schweizerspende erbauten Kindergarten.

Zum Thema *«Entkernung und Entflechtung stark überbauter Gebiete»* sprachen Stadtbaurat Professor *Göderitz, Braunschweig,* und Stadtbaumeister *Türler, Luzern.*

Ausgehend von den Verwüstungen der deutschen Altstädte forderte Prof. *Göderitz* eine Abkehr von der Baufreiheit durch Schaffung zeitgemässer Bauordnungen und — unter Wahrung der Rechte der Grundeigentümer — eine Neuordnung des Bodens durch Grenzausgleich, Umlegung und Zusammenlegung. Aus einer übergeordneten Idee des Gesamtorganismus einer Stadt heraus verlangte er die Aufstellung vernünftiger Grundsätze, welche einfach anwendbar, dem Grundeigentümer gegenüber gerecht und für die Wirtschaft tragbar seien.

Türler vertrat die Auffassung, dass die Lösung dieser Probleme sich nicht auf eine Altstadtsanierung oder die Erneuerung überalterter Wohnquartiere beschränken dürfe, sondern in einem weiteren Rahmen der Regional- und Landesplanung gesucht werden müsse. Er gab gleichzeitig einen kurzen Ueberblick über die neuesten Bestrebungen unseres Landes auf diesem Gebiete.

Einen interessanten Beitrag zur soziologischen und städtebaulichen Seite bildete das Referat *«Belichtung und Besonnung als Maßstab einer gesunden Stadt»* des Hygiene-Professors *Büning, Berlin.*

Die heute vielfach in den Vordergrund gestellten Verkehrsansprüche und der Wiederaufbau könnten durch städtebauliche Massnahmen allein nicht gelöst werden. Planungen müssten den Beweis erbringen, dass sie zum Wohle der Allgemeinheit notwendig, rechtlich wirksam und wirtschaftlich vertretbar seien. Einen objektiven Maßstab bilde das hygienische Memorandum zum Wiederaufbau des deutschen Wohnungswesens. Dieses decke sich praktisch mit dem englischen Beleuchtungsmaßstab. Anhand einer sorgfältigen Untersuchung für einen bestimmten Baublock wies Prof. Büning nach, wie sich trotz stark verringerten Bauvolumens und geringerer Wohndichte ebensoviele Wohnungen und Bewohner unter hygienisch absolut einwandfreien Bedingungen unterbringen lassen, als nach einer rein spekulativ vorgenommenen Belegung.

Den ersten Tag beschloss ein *Empfang* in gediegen-einfachem Rahmen durch die *Berliner Behörden* in der Städtischen Oper. Die Aufführung des Faust-Ballettes Abraxas von Werner Egk bewies, dass Berlin unter schwierigen Umständen sich mit Erfolg bemüht, seinen Ruf auf dem Gebiet der Theaterkultur zu wahren.

Mitten hinein in die dringendsten Aufgaben führte der erste Redner des zweiten Tages, Baudirektor Dr. *Brandt, Hamburg,* der über *«Technische Möglichkeiten und Wirtschaftlichkeit des Ausbaues von Brandruinen»* sprach. Immer und immer wieder standen die deutschen Stadtverwaltungen vor der Frage, ob die Brandruinen beseitigt oder angesichts der darin liegenden Werte vor weiterem Zerfall geschützt und mit verhältnismässig geringen Mitteln instandgestellt werden sollten. Die Erfahrung lehrte, den Wiederaufbau nur dann durch öffentliche Gelder zu fördern, wenn dabei vollwertige Wohnungen entstehen, die Gebäude nicht mehr als 60 % beschädigt und nicht über 25 Jahre alt sind und keinerlei Eigentums- oder Nutzungsbeschränkungen dinglicher Art vorliegen. Wirtschaftliche und wohnpolitische Ueberlegungen führten zu einer Aufteilung der früheren Gross-

wohnungen in Kleinwohnungen von 40 bis 45 m² Grundfläche. Dr. Brandt forderte, dass öffentliche Mittel nur dort eingesetzt würden, wo möglichst ganze Stadtteile geschlossen wieder aufgebaut werden und so zu einem friedensmässigen Leben erwachen können. An Beispielen aus Hamburg zeigte er die Vorteile einer Zusammenfassung der Förderungsmassnahmen an bestimmten Schwerpunkten.

Nationalrat Dr. h. c. *Bernoulli, Basel*, vertrat in seinem Referat erneut die These, dass *«Stadtentwicklung und Grundeigentum»* eng verbunden seien. An eine der heutigen Auffassung und der heutigen Technik gemässe Erneuerung ganzer Gevierte, ganzer Strassenzüge, dürfe man bei der Zersplitterung des Grundeigentums nicht glauben. Die schweren Zerstörungen legten den Gedanken nahe, das vielfältige Grundeigentum der zerstörten Komplexe in eine einzige ungeteilte Einheit einzuschmelzen durch Aufkauf des Bodens seitens der Stadt, um diesen dann — unveräusserlich — an Baulustige in Erbbaurecht zur Nutzung zu übergeben.

Ueber *«Die Funktion der Strasse und ihre Gestaltung im Stadtbild»* sprach der schwedische Verkehrsingenieur Dr. *Bexelius, Göteborg*. Er trat für eine klare Trennung der Strassen mit Durchgangs- und Zubringerverkehr einerseits, der Wohnstrassen andererseits, ein. Typisch für schwedische Verhältnisse sind: strenge Beobachtung der Verkehrssicherheit, grosse Rücksichtnahme auf den Fahrradverkehr (wenn nötig Ueber- oder Unterführungen) und Vorliebe für den Kreisverkehr. Diese idealen Forderungen lassen sich jedoch nur zum Teil verwirklichen.

Einen ausgezeichneten Einblick in *«Städtebau und Raumplanung in den Niederlanden»* gab der stellvertretende Direktor des Staatlichen Nationalplanungsamtes, H. *van Oyen, Den Haag*. Die Hauptschwierigkeiten für eine Raumplanung in Holland sind: die grosse Bevölkerungsdichte (300/km²), die tiefe Lage eines grossen Teiles des Landes und die Bodenknappheit. Mit der Zunahme der Bevölkerung dürfte die künstliche Bodengewinnung kaum Schritt halten. Die Industrie biete fast die einzige Möglichkeit für die Aufnahme von Arbeitskräften. Sollten die Erwartungen auf diesem Sektor sich nicht erfüllen, werde Auswanderung unvermeidlich sein. Gegenüber den Regionalplänen ist die Nationalplanung eher im Rückstand. Der Aufbau muss von unten nach oben, von den Teil- und Regionalplänen zum Nationalplan, erfolgen.

Besondere Anteilnahme erfuhren die Ausführungen von Professor *Thalheim, Berlin*, Leiter des Institutes für Raumforschung in Bonn, über *«Die Raumordnung in Westdeutschland unter dem Einfluss von Strukturwandlung und Zonentrennung»*. Mit erschreckender Deutlichkeit führte er die Folgen einer willkürlichen Zerschneidung und Zerstückelung natürlicher Wirtschaftsräume (Deutschland wie Berlin) vor Augen. Raumplanung sei ohne Raumordnung zum vornherein nicht denkbar. Einer wirtschaftlichen Gesundung müsse die politische Neuordnung vorausgehen. Das Ziel sei die Wiederherstellung der früheren engen Verflechtung von Ost und West.

Am Schlusse der Verhandlungen wurde eine *Entschliessung* angenommen, die in 10 Punkten die Hauptgedanken der Tagung zusammenfasste.

Den Abschluss dieser, vom Generalsekretariat (Frau P. *Schäfer, Frankfurt* a. Main) wohlvorbereiteten und von *Stadtrat Niklitz, Berlin*, und einem Stabe tüchtiger Helfer glänzend durchgeführten Tagung bildete am darauffolgenden Tage eine *Stadtrundfahrt* durch die westlichen Sektoren Berlins unter der kundigen Führung von Stadtrat *Niklitz*. Ungeheuer sind die Verwüstungen, die Trümmer zwar grösstenteils sauber aufgeräumt. Parks und Alleen bestehen nur zu einem kleinen Teil mehr. An vielen Orten werden — meist durch Erwerbslose — Grünanlagen angelegt und Baumpflanzungen vorgenommen. Es sind wohl viele Instandstellungsarbeiten, aber nur ganz vereinzelte Um- oder gar Neubauten zu bemerken. Dies fällt im Vergleich etwa mit Frankfurt, Düsseldorf oder Stuttgart besonders auf. Der Grund liegt im Mangel an Baumaterialien und Kapitalien. Aber trotz Blockade und Jahren der Entbehrung ist der Zukunftsglaube und der Aufbauwille der Berliner ungebrochen. Die Stadt ist, wie Oberbürgermeister Reuter an der Eröffnung bemerkte, «ein Angelpunkt deutschen Schicksals». Dies haben die Pfingsttage erneut bewiesen. *Tü.*

Plan

Erscheint zweimonatlich
Paraissant tous les deux mois

Preise - Prix:
Schweiz - Suisse
Abonnement - Abonnement Fr. 16.—
Einzelnummer - Par numéro Fr. 2.80

Ausland - Etranger
Abonnement - Abonnement Fr. 18.—
Einzelnummer - Par numéro Fr. 3.—

Für Deutschland
Jährlich DM 24.—
Einzelnummer DM 5.—
Auskunft und Zahlungen durch die Generalvertretung Frankfurt a. M.-Höchst, Gerlachstrasse 45

Mitglieder der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP) und der Vereinigung Schweizerischer Strassenfachmänner (VSS) erhalten auf dem regulären Jahresabonnementspreis einen Spezialrabatt von 20 %. Somit beträgt der Abonnementspreis für die Mitglieder der beiden Vereinigungen Fr. 12.80

Schweizerische Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung
Revue suisse d'urbanisme

Druck, Verlag und Annoncenregie:
Buchdruckerei Vogt-Schild AG., Solothurn, Telephon (065) 2 21 55, Postcheckkonto Va 4

Imprimeur, éditeur et régie des annonces:
Imprimerie Vogt-Schild S. A., Soleure, téléphone (065) 2 21 55, compte de chèques postaux Va 4

Annoncen-Werbung: Graf & Neuhaus, Zürich 2, Seestrasse 105, Telephon (051) 23 55 95
Acquisition des annonces: Graf & Neuhaus, Zurich 2, Seestrasse 105, téléphone (051) 23 55 95

14. Jahrgang von „Landes-, Regional- und Ortsplanung", ehemals „Bebauungspläne und Quartierpläne", Beilage zu „Strasse und Verkehr" - 14me année de «Plan d'aménagement national, régional et communal», autrefois «Urbanisme», annexe de «La Route et la Circulation routière» - Offizielles Organ der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP) - Organe officiel de l'Association suisse pour le plan d'aménagement national (ASPAN)

Verantwortlicher Redaktor - Rédacteur en chef:
E. F. Burckhardt, Architekt BSA SIA, Zürich (Büro: Kirchgasse 3, Telephon 24 17 47)

Vertretender Redaktor - Rédacteurs:
P. Trüdinger, Architekt BSA SIA, Basel

Alle Einsendungen sind zu richten an Redaktion PLAN, Zürich 23, Postfach 3279

Nachdruck von Text und Clichés nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages
Clichés werden leihweise gegen Kostenberechnung vom Verlag Vogt-Schild AG., Solothurn zur Verfügung gestellt